



Doris von Sayn-Wittgenstein

Abgeordnete im schleswig-holsteinischen Landtag
Landeshaus - Düsternbrooker Weg 70 - 24105 Kiel
Email: sayn@wittgenstein.ltsh.de

P R E S S E M I T T E I L U N G 21/2020

Kiel, den 26. Juni 2020

Grausame Rituale aus frauenfeindlichen Drittweltländern

Studie belegt: Genitalverstümmelungen in Deutschland nehmen drastisch zu

Bundesweit sind derzeit 67.975 Frauen von Genitalverstümmelungen gepeinigt. Die Zahl ist in den vergangenen Jahren drastisch angestiegen, wie eine am 25. Juni 2020 veröffentlichte Studie des Bundesfamilienministeriums aufzeigt. Der Anstieg im Vergleich zur letzten Erhebung im Februar 2017 beträgt 44 Prozent. Betroffen sind vor allem Frauen aus Eritrea, Somalia, Indonesien, Ägypten und Nigeria. In seiner Pressemitteilung heißt es dazu: „Die deutliche Steigerung der Zahl der betroffenen und gefährdeten Frauen und Mädchen ist darauf zurückzuführen, dass mehr Menschen aus Herkunftsländern, in denen weibliche Genitalverstümmelung praktiziert wird, nach Deutschland gekommen sind.“ (vgl. <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/aktuelles/alle-meldungen/rund-68-000-frauen-und-maedchen-in-deutschland-betroffen/156806>)

Erschreckend ist das Ausmaß weiblicher Genitalverstümmelung minderjähriger Mädchen. Verglichen mit 2017 ist hier ein Anstieg um bis zu 162 Prozent zu verzeichnen. Insbesondere Mädchen aus den Staaten Somalia, Eritrea, Ägypten, Nigeria und Irak sind gefährdet.

Die schleswig-holsteinische Landtagsabgeordnete Doris v. Sayn-Wittgenstein, die bereits in parlamentarischen Anfragen (vgl. [Kleine Anfrage vom 01. März 2019 DS 19/1264](#)) auf das Unrecht der Genitalverstümmelung aufmerksam machte, erklärt zu den jüngsten Zahlen: „Mit der Einwanderung aus Drittweltländern holen wir uns nicht nur massenweise kriminelle Migrantinnen ins Land, sondern importieren auch grausame Rituale aus frauenfeindlichen Gesellschaften. Es kann nicht sein, daß in einer aufgeklärten Gesellschaft menschenverachtende Praktiken wie z.B. Genitalverstümmelungen angewandt werden. Wir brauchen dringend eine Strafrechtsverschärfung und ein rigides politisches sowie behördliches Vorgehen gegen solche Widerwärtigkeiten, die Gewalt und Frauenverachtung demonstrieren. Allgemeine Hinweise auf Hilfsmöglichkeiten reichen nicht, hier ist Aufklärung schon in der Schule geboten.“